

# Dr. Kerns erste Pariser Mission 1856/57

Autor(en): **Schoop, Albert W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **1 (1951)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-77707>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DR. KERNS  
ERSTE PARISER MISSION 1856/57

VON ALBERT W. SCHOOP

*Einleitung*

Für Johann Konrad Kern, den bedeutendsten Thurgauer Politiker des 19. Jahrhunderts, brachte der Neuenburger Konflikt von 1856/57 eine Lebenswende. Nachdem er in diesem Streitfall zwischen dem Königreich Preußen und der Schweiz klug und auch erfolgreich eingegriffen hatte, verließ er die eidgenössische Politik, der er vor allem als Redaktor der Schweizerischen Bundesverfassung von 1848, als gewiegter Parlamentarier und als erster Präsident des Schweizerischen Schulrates wesentliche Akzente verliehen hatte. Er verließ auch seine einflußreiche wirtschaftliche Stellung im Schatten Alfred Eschers, um sich ganz der Diplomatie, diesem eher mißtrauisch betrachteten Neuland politischer Betätigung im jungen Bundesstaat, zuzuwenden, einem Interessengebiet, das seinen außergewöhnlichen Fähigkeiten und seinem inneren Wesen stärker entsprach<sup>1</sup>.

Nach dem Kongreß in Paris, der im Frühjahr 1857 die Lösung des Neuenburger Konfliktes brachte, war Dr. Kern, der schwei-

---

<sup>1</sup> Über Kern (1808—1888) handelt Dr. ARNOLD HEINRICH SCHLATTER in den Thurgauischen Beiträgen zur vaterländischen Geschichte, Heft 75, Frauenfeld 1938 (TB): *J. C. Kern, sein Wirken in der Schweiz (1832—1856)*. Dr. THEODOR GREYERZ in Frauenfeld hat *Briefe von Dr. Konrad Kern an seine Brüder aus den Jahren 1845—1870* herausgegeben in den TB, Heft 66, Frauenfeld 1929. Biographische Notizen finden sich im Aufsatz «J. C. KERN» von Prof. HEINRICH KESSELRING, Frauenfeld 1888, in der Allgemeinen Deutschen Biographie 51, S. 144ff. von WILHELM OECHSLI (der vermutlich eine Biographie über Kern zu schreiben plante), sowie im HBLs IV S. 477 von ERNST LEISI.

zerische Unterhändler, in der ganzen Schweiz und im Ausland Gegenstand unzähliger Kundgebungen. Die Beilegung des Streitfalls und die gänzliche Unabhängigkeit Neuenburgs galt bei Freunden und Gegnern zu einem guten Teil als sein Werk<sup>2</sup>. Tatsächlich war Kerns persönlicher Anteil, sein Einsatz in den zähen Verhandlungen mit den Mächten stark, doch im Ganzen blieb seine Haltung im Neuenburger Handel unklar. Die Polemik darüber setzte kurz nach seinem Tod ein<sup>3</sup>. Unserer Studie liegen die Akten zugrunde, die Minister Kern selber in den letzten Jahren seines Lebens zusammentrug und die er noch teilweise in seinem vielbeachteten Buch «Souvenirs politiques» (Bern-Paris 1887) verwerten konnte<sup>4</sup>. Die vielen, seither erschienenen Arbeiten zum Neuenburger Konflikt ermöglichen heute eine umfassende und eher günstigere Beurteilung der Verdienste Kerns<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Vgl. A. SCHLATTER, a. a. O., S. 130, Anmerkung 1. Dazu Briefe und Gratulationsschreiben in Privatbesitz.

<sup>3</sup> ANDREAS RUDOLF VON PLANTA: *Dr. Kern und die Neuenburger Frage*, Neue Zürcher Zeitung 27./28. 9. 1888, dazu Neue Zürcher Zeitung Nr. 303/304 1889. Vgl. die Wiederaufnahme der Polemik gegen Kern bei KARL MEYER: *Der Neuenburger Konflikt 1856/57 im Spiegel der zeitgenössischen schweizerischen Presse*, Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Band 21, Basel 1945.

<sup>4</sup> Kern stellte im Frühsommer 1880 an das Archiv des französischen Außenministeriums in Paris das Gesuch um vorübergehende Herausgabe jener Akten, welche den Neuenburger Konflikt von 1856/57 betreffen. Der Direktor lehnte dies ab. Auf die Bitte Minister Kerns ließ darauf der mit ihm befreundete französische Außenminister Barthélemy St. Hilaire (1805—1895) alle im Archiv vorhandenen Dokumente sammeln und «avec le plus grand soin» abschreiben. Er händigte sie «sous le caractère absolument confidentiel» dem schweizerischen Gesandten aus. Sie befanden sich noch 1905 im Nachlaß Kerns und wurden damals von Prof. WILHELM OECHSLI eigenhändig abgeschrieben (Manuskript Z I. 29, *Materialien betr. Minister J. C. Kern* der Zentralbibliothek Zürich).

Der Nachlaß Kerns gilt mit Ausnahme der nach Frauenfeld in Privatbesitz gelangten Briefe heute als verschollen. Die Kopien Wilhelm Oechslis, 412 Seiten zum großen Teil in alter Stolze-Stenographie, sind jedoch vollständig und sehr zuverlässig, wie anhand amtlicher, auch im Bundesarchiv in Bern vorhandener Akten überprüft werden kann. Allerdings sind sie mühsam zu lesen.

<sup>5</sup> Es seien dankbar die zahlreichen Untersuchungen von EDGAR BON-

## *I. Die diplomatischen Ereignisse vor dem Eingreifen Kerns*

(Zur Politik des Bundesrates und zur Haltung von Napoleon III. im Neuenburger Handel)

Schon auf der Pariser Konferenz nach dem Krimkrieg, im April 1856, wies der preußische Delegierte Manteuffel auf die Zustände in Neuenburg hin, «dem einzigen Punkt Europas, wo allen Verträgen zum Trotz die Revolution herrsche». Der Royalistenaufstand vom 3. September 1856 brachte die staatsrechtliche Stellung des Fürstentums, das 1848 eine republikanische Verfassung bekommen hatte, ins Schwanken. Während des anbrechenden Konflikts, dessen Verlauf wir als bekannt voraussetzen, zeigte sich, wie sehr die Neuenburger Frage von gesamteuropäischem Interesse war, weil sich in ihr liberales, republikanisches Staatsdenken mit monarchisch-absolutistischem kreuzte. Um die Beendigung des Streites zwischen Preußen und der Schweiz herbeizuführen und einen drohenden Krieg zu verhindern, begann ein von den tonangebenden Mächten unterhaltenes, subtiles Diplomatenpiel, in das die Schweiz, erstmals seit der Gründung des Bundesstaates, aktiv eingriff, und zwar nicht ohne Erfolg.

Die schweizerische Außenpolitik hatte dabei zwei Hauptaufgaben zu lösen: Einerseits mußte sie dafür sorgen, daß der vom Bundesrat eingenommene Rechtsstandpunkt durchdrang, und andererseits zu vermeiden suchen, daß die Angelegenheit unter Ausschluß der Schweiz von den Verhandlungen erledigt wurde. Dem mißtrauisch beobachteten Kleinstaat war es darum nicht leicht gemacht, sich im Konzert der europäischen Mächte zu behaupten, weil an den Höfen und bei den meisten Regierungen — vielleicht mit Englands rühmlicher Ausnahme — lediglich Macht, Einfluß, Zähigkeit der Politik zählten. Ein demokratisch-liberales Rechtsbewußtsein war nirgends vorhanden. Um zu verhindern, daß sie auf dem Schachbrett der europäischen Politik hin- und hergeschoben wurde, und um ihrer Stimme größeres Gewicht zu verschaffen, trat im Neuenburger Handel auch die Schweiz — im Rahmen

---

JOUR erwähnt, die in seiner *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Basel 1946, und bei KARL MEYER, a. a. O., S. 345/46, verzeichnet sind.

bescheidener Möglichkeiten — machtpolitisch auf. Allerdings blieb der Konflikt von 1856/57 im Vergleich zu den südosteuropäischen Auseinandersetzungen, welche im eben beendeten Krimkrieg gipfelten, und zur italienischen Frage, die kurz darauf ebenfalls machtpolitisch gelöst werden sollte, ein politisches Problem zweiten Ranges. Doch treten im diplomatischen Wechselspiel auch hier jene Tendenzen zutage, die damals in Mitteleuropa bestimmend auftraten, so etwa der auf dem Festland latent vorhandene Gegensatz zwischen England und Frankreich, den beiden Alliierten im Krimkrieg, oder die französische Neigung zu einer Annäherung an Preußen, die im Hinblick auf die künftige Italienpolitik Napoleons erwünscht war. Inwiefern der schweizerische Bundesrat und sein Unterhändler Dr. Kern diese Tendenzen der europäischen Politik erkannten und in Rechnung setzten, muß erst genauer untersucht werden.

Für Frankreich bot der Streit zwischen der Schweiz und Preußen gleichfalls verschiedene Aspekte. Erste Aufgabe seiner politischen Führung mußte sein, die drohende Ausweitung zu einem Krieg mit allen Mitteln zu verhindern, berührte doch eine militärische Aktion gegen die Eidgenossenschaft die französischen Interessen stark: Einmal war die Anwesenheit eines preußischen Heeres an der französischen Ostgrenze unerwünscht, auch trieb die Streitsache — zur gemeinsamen Angelegenheit des Deutschen Bundes erklärt — die süddeutschen Mittelstaaten in die Arme Preußens, und dazu mußte ein zu erwartender energischer Widerstand der Schweiz die freiheitlichen Kräfte auch in Frankreich ermuntern. Kaiser Napoleon III., ehrgeizig und geschickt, sah im Konflikt die Möglichkeit, weiterreichende Ziele zu verfolgen und sein Ansehen in Europa durch eine persönliche Vermittlung erneut zu festigen.

Gleichzeitig wie die Monarchen von Rußland, Österreich und England erhielt Napoleon III. am 8. September 1856 eine offizielle preußische Mitteilung von der Gefangennahme der königstreuen Neuenburger durch die republikanischen Truppen<sup>6</sup>. In einem zwei-

---

<sup>6</sup> ALFRED STERN: *Der Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. und Napoleons III. über die Neuenburger Angelegenheit*. Zeitschrift für Schweizerische Geschichte (ZSG), Jahrgang I, Nr. 1 1921, S. 18ff.

ten, eindringlicheren Schreiben bat Friedrich Wilhelm IV. von Preußen um Intervention beim schweizerischen Bundesrat zur Befreiung der Gefangenen<sup>7</sup>. Der Kaiser der Franzosen, der es am 22. September beantwortete, war von der in Berlin herrschenden, wenig einheitlichen Beurteilung der Neuenburger Frage, von den Differenzen zwischen Hof und Kabinett, von der persönlichen Situation, in der sich der preußische König befand, ausgezeichnet unterrichtet<sup>8</sup>. Er wußte über den Wunsch der englischen Regierung von Anfang an Bescheid, Preußen möge einen Appell an die Mächte der Londoner Konferenz von 1852 unterlassen. Er kannte auch sein immer noch starkes Prestige in der Schweiz, das er trotz jahrelanger Differenzen seiner Regierung mit dem Bundesrat über die Flüchtlingsfrage hatte bewahren können. Die Aussichten auf eine erfolgreiche Vermittlung im Konflikt, der bald gefährlich aufbrach, schienen gut zu sein. Preußen war im Krimkrieg beiseite gestanden und erst auf persönliche Intervention Napoleons zu den Friedensverhandlungen zugelassen worden; nun bot der Neuenburger Konflikt wiederum die Möglichkeit, dem preußischen Monarchen, der den französischen Kaiser lange nicht als gleichberechtigt angesehen hatte, dienstbar zu sein. Der französische Gesandte in Bern setzte sich deshalb auf Weisung Napoleons III. zugunsten der gefangenen Royalisten ein und verlangte deren Freilassung. Aber gleichzeitig warnte Napoleon den preußischen König vor einer bewaffneten Aktion gegen die Schweiz<sup>9</sup>. Sehr früh schon, am 25. September, erhielt er auch Kenntnis von preußischen Bedingungen für einen formellen Verzicht auf das Fürstentum Neuenburg, die wie folgt nach Paris übermittelt wurden:

---

<sup>7</sup> EDGAR BONJOUR: *Europäische Stimmen zum Neuenburger Konflikt*, Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte (SBAG), Band 2, Aarau 1944, S. 190ff.

<sup>8</sup> Berichte des französischen Gesandten in Berlin, Marquis de Moustier, an das französische Außenministerium (Graf Walewski). Archives du Ministère des Affaires étrangères, Paris. Kopien für Minister Kern, Oechsli's Abschriften davon.

<sup>9</sup> Brief Nap. III. an Friedrich Wilhelm IV. vom 24.9.1856. ZSG I, S. 25. Vgl. auch E. BONJOUR: SBAG II, S. 194ff.

1. Auslieferung («extradition») aller von der Schweiz gefangen gehaltenen Royalisten.
2. Beibehaltung des Titels «Fürst von Neuenburg» und Belassung aller königlich-preußischen Domänen im Fürstentum.
3. Garantie auf Weiterbestehen gewisser Stiftungen und Einrichtungen des Königs, sowie auf künftige Sicherheit von Leib und Gut der königstreuen Neuenburger.

Ende September 1856 hätte nun die französische Vermittlung im Neuenburger Handel einsetzen können. Doch plötzlich sah sich Napoleon einer veränderten Situation gegenüber: Die preußische Haltung versteifte sich, die zur friedlichen Beilegung des Konflikts bereite Partei Leopold von Gerlachs verlor an Boden, und der Hof begann unter dem Einfluß des Königs das Grundsätzliche des Konflikts in den Vordergrund zu rücken<sup>10</sup>. Es wurde bekannt gegeben, daß im Falle einer Ablehnung seines Begehrens auf Freilassung der Gefangenen Preußen die militärische Besetzung Neuenburgs mit 80 000 Mann plane. Doch hoffe es, mit seinen von Seite Österreichs nachdrücklich unterstützten Forderungen durchdringen zu können.

Der schweizerische Bundesrat neigte angesichts dieser festen preußischen Haltung einen Augenblick dazu, wenigstens auf die Hauptforderung einzutreten, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß der preußische König Verhandlungen über die staatsrechtliche Stellung Neuenburgs aufnehme, mit dem Ziel der völligen Unabhängigkeit des Fürstentums<sup>11</sup>. Dem Kaiser der Franzosen glitten nun die Zügel aus der Hand; in der Zwischenzeit hatte nämlich England ebenfalls eingegriffen<sup>12</sup>. Dies brachte der Schweiz

<sup>10</sup> Moustier schreibt an Walewski am 25. 9. 1856, Ihre Majestät, der König von Preußen, habe während eines Konzertes am 24. 9. plötzlich «une agitation et un changement d'humeur qui n'eût pas échappé aux personnes placées auprès d'Elle» gehabt. Man führte diesen Stimmungswechsel auf Nachrichten zurück, die der preußische Gesandte in Paris, Hatzfeld, nach Berlin geschickt hatte, vermutlich über die Rolle, die der französische Kaiser im Neuenburger Konflikt zu spielen gedachte.

<sup>11</sup> Walewski an Moustier, 8. 10. 1856.

<sup>12</sup> Vgl. darüber E. BONJOUR: *Englands Anteil an der Lösung des Neuenburger Konfliktes 1856/57*. Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Band 12. Basel 1943.

eine wesentliche Stärkung ihrer Position, denn auch das britische Kabinett verlangte *vor* einer Amnestie der gefangenen Neuenburger Royalisten die bindende Erklärung, der preußische König verzichte auf seine Rechte in Neuenburg. Die eindeutige Haltung Englands verstimmte den preußischen Hof außerordentlich, blieb jedoch nicht ohne Wirkung: Die Politik Friedrich Wilhelms wurde wieder schwankender. Man beabsichtigte nun in Berlin, die Neuenburger Frage vor den Deutschen Bundestag in Frankfurt zu tragen, um eine gesamtdeutsche Intervention zu erreichen<sup>13</sup> — da die Schweiz wohl Anrecht auf Neutralität, nach dem Geschehenen aber nicht auf «Straflosigkeit» habe —, doch setzten Österreich und Frankreich diesem Vorhaben einen Riegel. Die Zerfahrenheit der preußischen Außenpolitik brachte der Schweiz neue Chancen. Der Vertreter Englands in Berlin, Lord Bloomfield, bezeichnete im Gespräch mit Moustier, dem französischen Gesandten, ihre Stellung als stark; er begrüßte freudig eine festere Haltung der Schweiz gegenüber den preußischen Zumutungen. Auch äußerte er sich zu dem französischen Diplomaten, daß im Falle eines Krieges die angreifenden Preußen von der eidgenössischen Armee, welche durch 10000 Schweizer Söldner aus neapolitanischen Diensten verstärkt werde, kräftig zurückgewiesen würde («rudement repoussés»)<sup>14</sup>. Selbst Fürst Metternich, der im Hintergrund stehende Beobachter und Ratgeber der europäischen Diplomatie, riet, der König von Preußen solle das Fürstentum Neuenburg aufgeben und den französischen Kaiser mit den diesbezüglichen Verhandlungen beauftragen<sup>15</sup>.

Eigenartigerweise hoffte die schweizerische Öffentlichkeit besonders auf Napoleon, den Ehrenbürger des Kantons Thurgau, der in den Tagen seines Unglücks auf dem Arenenberg Zuflucht und bei den Eidgenossen kräftige Hilfe gefunden hatte<sup>16</sup>. Mit wenigen Ausnahmen lobten ihn die Zeitungen als Freund der Eidgenossenschaft. Auch in Preußen war der König wegen der ihn verletzenden Haltung Englands wieder eher geneigt, den Franzosenkaiser als Vermittler anzuerkennen, obschon dies Friedrich Wil-

---

<sup>13</sup> Moustier an Walewski, 15. 10. 1856.

<sup>14</sup> Moustier an Walewski, 19. 10. 1856.

<sup>15</sup> E. BONJOUR in SBAG II, S. 192.

<sup>16</sup> Vgl. K. MEYER a. a. O., S. 75, 81, 82.



helm IV. persönlich große Überwindung kostete. Nun erfuhr Napoleon durch die nach Paris übersandten Aussagen Bismarcks, daß auf Grund von Vorbesprechungen die im Deutschen Bundestag vereinigten Staaten eine gemeinsame Aktion gegen die Schweiz teilweise ablehnen würden<sup>17</sup>. Also galt es zu handeln. Der Kaiser begann jetzt ein seltsames Doppelspiel. Es läßt sich verfolgen, wie England *seine* Ausgleichsbemühungen mit andauernden freundschaftlichen Ratschlägen an den Bundesrat begleitete. Napoleon aber drängte die Schweiz zur Freilassung der Gefangenen und bot ihr seine Vermittlerdienste an, gleichzeitig jedoch gab sein Außenminister Preußen den Rat, «durch militärische Demonstrationen die Schweiz einzuschüchtern»<sup>18</sup>. Es mußte nicht schwer sein, dieses Spiel zu durchschauen; dem schweizerischen Bundesrat war eine Vermittlung durch England ohnehin sympathischer. Er lehnte die Amnestie der Gefangenen ab und begann schon am 23. Oktober mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Preußen zu rechnen<sup>19</sup>.

Gegen Ende Oktober nahm Napoleon III. die Frage energischer an die Hand. In seinem bekannten Schreiben an den schweizerischen Freund General Dufour vom 24. Oktober<sup>20</sup> erklärte er noch einmal seine Bereitschaft zur Vermittlung. Die Schweiz sollte die Gefangenen auf seine formelle Bitte freilassen und das Schicksal Neuenburgs in seine Hände legen. Aber auch Dufour lehnte dies, nachdem er mit dem Bundesrat Rücksprache genommen hatte, mit dem Hinweis auf die sehr entschiedene öffentliche Meinung in der Schweiz und auf das der Schweiz zustehende Recht ab. Der Schluß-Satz seines Schreibens an Napoleon III. ist bemerkenswert: «Denn die Schweiz ist der Schlußstein, der nicht erschüttert werden darf, wenn das ganze Gebäude (d.h. Europa) nicht zusammenstürzen soll»<sup>21</sup>. Frankreich hätte nun Preußen freie Hand gewähren

---

<sup>17</sup> Moustier an Walewski, 21. 10. 1856.

<sup>18</sup> Vgl. E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 27. Brief Hatzfelds an Friedrich Wilhelm IV. vom 22. 10. 1856.

<sup>19</sup> Vgl. den offiziösen «Bund» vom 23. 10. 1856, erwähnt bei K. MEYER a. a. O., S. 115.

<sup>20</sup> Text bei General G. H. DUFOUR: *Der Sonderbundskrieg und die Ereignisse von 1856*. Basel 1876, S. 149f.

<sup>21</sup> G. H. DUFOUR, a. a. O., S. 151ff.

müssen. Doch erhielt der Außenminister anfangs November Kenntnis von einer erneuten Änderung in der Haltung Friedrich Wilhelms IV. Im Grunde genommen sei der König bereit, auf seine Souveränitätsrechte zu verzichten, sofern ihm der Titel eines Fürsten von Neuenburg und seine privaten Besitzungen im Neuenburgischen belassen würden<sup>22</sup>. Aber er bestehe darauf, weder mit der Schweiz in Verhandlungen zu treten, noch ihr weitere Zugeständnisse zu machen. Über die anhaltenden und vergeblichen englischen Versuche zur Vermittlung ungehalten, sei er einverstanden, daß die Mächte des Londoner Protokolls von 1852 die Frage im gesamteuropäischen Interesse lösen sollten.

Der schweizerische Bundesrat, der zunächst vom Scheitern der englischen Ausgleichsversuche noch keine Kenntnis hatte, hielt es für angezeigt, dem Kaiser der Franzosen seinen eindeutigen Standpunkt — keine Freilassung der gefangenen Royalisten ohne ordentliches Gerichtsurteil und ohne vorherige schriftliche Verzichtserklärung des preußischen Königs auf Neuenburg — verständlicher zu machen. Er hoffte dabei zu erfahren, welche Konzessionen Preußen zu machen bereit wäre und welche Garantien für den Verzicht erhältlich seien. Auf den Vorschlag von Bundespräsident Stämpfli beschloß er, General Dufour in Sondermission nach Paris zu schicken<sup>23</sup>. Die am 1. November ins Auge gefaßte Reise verzögerte sich, weil der Bundesrat immer noch auf den Erfolg der englischen Vermittlung hoffte<sup>24</sup>.

Die Mission Dufour war ein Fehlschlag. Der General beurteilte zwar die Ereignisse vollkommen richtig, mit der ihm eigenen Klarheit. Nach seiner Ansicht hielt der bedrohliche Konflikt an, weil von beiden Ländern zwei sich ausschließende Fragen miteinander verquickt würden, nämlich die Freilassung der königstreuen Neuenburger und die Lösung Neuenburgs aus preußischer Herrschaft. Diesen «cercle vicieux» könne man nicht lösen ohne die Hilfe eines Dritten. Dufour wollte die Vermittlung ebenfalls dem Kaiser der Franzosen anheimstellen, zu dem er volles Vertrauen

---

<sup>22</sup> Moustier an Walewski, 7. 11. 1856.

<sup>23</sup> Briefliche Anfrage Stämpflis an Dufour vom 1. 11. 1856. Dufour-Archiv, Genf.

<sup>24</sup> Brief Dufours an seine Frau vom 8. 11. 1856. Dufour-Archiv, Genf.

hegte<sup>25</sup>. Schon in diesem wichtigen Punkt mit der Mehrheit des Bundesrates nicht einig, konnte der General, von dessen Unterhandlungen mit Napoleon III. sich der Bundesrat gar nichts versprach<sup>26</sup>, auch darum nicht zum Ziel kommen, weil er sich der ihm gestellten Aufgabe nur mit Widerstreben unterzog<sup>27</sup>. Er fühlte sich geradezu unglücklich dabei<sup>28</sup>. Die ihm von Seiten des Kaisers gegebenen mündlichen Zusicherungen genügten dem Bundesrat nicht, solange sich nicht auch England ihnen anschloß. Die Vorschläge Napoleons in der Note vom 26. November wurden zurückgewiesen. Dadurch verletzt, zog sich der Kaiser brüsk zurück, er schien sich am weiteren Gang der diplomatischen Verhandlungen zu desinteressieren. Die Mission Dufours nach Paris hatte aber auch England verstimmt: der Empfang des Generals beim englischen Gesandten Cowley in Paris war überaus frostig<sup>29</sup>. Als unmittelbare Folge der Reise General Dufours zum französischen Kaiser drohte damit eine diplomatische Isolierung der Schweiz. Sofort verstärkte jetzt Preußen, zusammen mit Bayern, Baden und Österreich, seinen Druck und forderte noch einmal energisch die bedingungslose Freilassung der Gefangenen<sup>30</sup>.

---

<sup>25</sup> Vgl. *Reflexions sur les événements de Neuchâtel* im Dufour-Archiv, Genf: «Cet intermédiaire, c'est l'Empereur des Français, qui, plein de bienveillance pour la Suisse, donne l'assurance, qu'il agira ainsi par intérêt pour nous et par son désir de conserver la paix à l'Europe».

<sup>26</sup> Vgl. Jonas Furrer an Alfred Escher am 9. 11. 1856. In ALEXANDER ISLER: *Bundesrat Dr. Jonas Furrer 1805—1861*. Winterthur 1907 S. 143f.

<sup>27</sup> Brief Dufours an seine Frau vom 10. 11. 1856. Dufour-Archiv, Genf. «Ce voyage à Paris ne me sourit pas, comme le pense Amélie, parceque je suis chargé d'une mission assez désagréable au sujet de Neuchâtel. L'Empereur et le Conseil fédéral ne voient pas la chose du même oeil, et l'un demande ce que l'autre ne peut pas accorder, je vais me trouver comme le lingot entre l'enclume et le marteau... enfin le devoir parle, il faut obéir et aller... Cela ne me va guère: ma nature se refuse à ces missions diplomatiques».

<sup>28</sup> Brief Dufours an seine Frau aus Paris vom 21. 11. 1856. Dufour-Archiv, Genf: «Nos affaires, au lieu de s'arranger, semblent se compliquer toujours davantage. Cela me rend malheureux et me fait passer des mauvaises nuits...».

<sup>29</sup> E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 38/39.

<sup>30</sup> Prot. d. Bundesrates v. 19. 11. 1856. Bundes-Archiv, Bern.

Daß nun der schweizerische Bundesrat nicht nachgab, darf wohl der Haltung des Schweizervolkes zugeschrieben werden. Während die öffentliche Meinung im übrigen Europa kein politisches Element von Bedeutung war<sup>31</sup>, spielte sie in der Schweiz nach 1848 bereits eine bestimmende Rolle. Dem Bundesrat war Mitte und Ende November 1856 ein Nachgeben in der Neuenburgerfrage unmöglich, er hätte mit einer schwankenden Politik vor der überwiegenden Meinung der Bundesversammlung und vor der eindeutigen öffentlichen Meinung in der Schweiz nicht bestehen können. Nachdem er die französischen Vermittlungsvorschläge vom 26. November abgelehnt hatte<sup>32</sup>, verlegte er sich auf die nicht ungeschickte Taktik des Verzögerns, ein Vorgehen, das ihm sogar von den Gesandten Badens und Österreichs in Bern nahegelegt worden war<sup>33</sup>. Er beurteilte die internationale Lage «mit der größten Gemütsruhe», wie Jonas Furrer schreibt<sup>34</sup>. Die Absage an Napoleon III. aus der Erwägung, ein Nachgeben, d. h. eine Amnestie der gefangenen Neuenburger Royalisten könne in diesem Moment nur als Zeichen der Schwäche und als Anerkennung der preußischen Souveränitätsrechte ausgelegt werden, ließ er mit dem stolzen Hinweis in der offiziellen Presse begleiten, nicht bloß die Fürsten, sondern auch «die Majestät eines republikanischen Volkes» habe ihre Ehre<sup>35</sup>. Das Ansehen der Schweiz wuchs selbst jenseits der Landesgrenzen. «An der Spitze des Schweizer Bundesrates stehen staatsmännische Köpfe und gemäßigte Menschen. Sie wissen sehr gut, wie es in Europa aussieht», schreibt Bunsen<sup>36</sup>.

Am preußischen Hof, wo die Kriegs- und die Friedenspartei ränkevoll um die Gunst des Monarchen warben, betrachtete man

---

<sup>31</sup> CONSTANTIN BULLE: *Geschichte des Zweiten Kaiserreichs und des Königreichs Italien*, S. 140. In HERMANN ONCKEN: *Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen*, Band IV 3.

<sup>32</sup> Prot. d. Bundesrates v. 26. 11. 1856. Bundes-Archiv, Bern.

<sup>33</sup> Schreiben Bundespräsident Stämpfli an den Schweiz. Gesandten Barman in Paris, vom 20. 11. 1856.

<sup>34</sup> Brief an Alfred Escher, in ALEXANDER ISLER: *Bundesrat Dr. Jonas Furrer 1805—1861*, Winterthur 1907, S. 148.

<sup>35</sup> «Der Bund» vom 30. 11. 1856, erw. bei K. MEYER, a. a. O., S. 113.

<sup>36</sup> Erw. bei E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 50.

diese bestimmte Sprache des schweizerischen Bundesrates als anmaßend. Da man um die Kränkung Napoleons III. durch den seine Vermittlung ablehnenden Bundesrat wußte<sup>37</sup>, hatte man freie Hand bekommen. Die Thronrede Friedrich Wilhelms IV. vom 29. November kündigte energische Maßnahmen gegen die Schweiz an, sie enthielt die Aufforderung zur Verteidigung der preußischen Ehre und zur Wiederherstellung des preußischen Prestiges, das ja schon durch die Haltung des Königs im Krimkrieg gelitten hatte. Die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen, die Mobilmachung von zwei Armeekorps angekündigt. Eigenartigerweise verschwand auch jetzt in Bern die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich nicht. Der Gedanke einer direkten Verständigung mit Preußen tauchte für einen Moment auf, und der schweizerische Gesandte in Paris erhielt den Auftrag, sich mit dem dortigen preußischen Vertreter darüber auszusprechen. Er wurde aber schroff abgewiesen<sup>38</sup>.

Nun verschlechterte sich gegen Mitte Dezember 1856 die Lage zusehends. Napoleon III., der sich über die Festigkeit der Schweiz immer mehr ärgerte, ließ den bekannten, drohenden Artikel im «Moniteur» erscheinen, der die Haltung der schweizerischen Regierung, die hartnäckig und stur sei, aufs Korn nahm und mit aller Schärfe verurteilte. Die Schweiz hätte sich damit das kaiserliche Wohlwollen verscherzt<sup>39</sup>. Der Bundesrat wich auch jetzt noch nicht von seiner Linie ab, er veranlaßte in ernster Ruhe die militärischen Vorbereitungen, berief auf den 19. Dezember den Eidgenössischen

---

<sup>37</sup> Moustier an Walewski am 5. 12. 1856: «Il (Manteuffel) a compris que pour le moment nous n'avions plus rien à faire et que c'était à la Prusse à prendre, à son tour, la parole». Vgl. auch den Brief von Nap. III. an Friedr. Wilh. IV. vom 3. 12. 1856, ZSG I, S. 26.

<sup>38</sup> Hatzfeld erklärte Barman, es sei ihm nicht möglich, eine Mitteilung des schweizerischen Bundesrates anzunehmen. Vgl. EMILE DE LA BEDOLLIÈRE: *Neuchâtel et les Conférences de Paris*. Paris 1857.

<sup>39</sup> Text bei PHILIPPE DE VARGAS: *L'affaire de Neuchâtel 1856/57*. Lausanne-Bâle 1913, S. 90. Vgl. auch K. MEYER, a. a. O., S. 125ff. Über die veränderte Haltung Napoleons: Brief von J. Riet, Paris, an Bundesrat Fornerod: «L'Empereur paraissait disposé à laisser agir les Prussiens et que ceux-ci auraient déjà pris des mesures militaires en vue de l'occupation de notre frontière».

Kriegsrat ein, bot die ersten Truppen auf und disponierte, was bei einem allfälligen Kriegsausbruch vorzukehren sei. Da sich Preußen auf seine ultimativen Forderungen versteift hatte, schien niemand mehr an eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu glauben<sup>40</sup>. In diesem Moment schreckte der französische Kaiser wieder zurück: Er hatte offenbar nicht mit einem so starken Widerstandswillen in der Schweiz gerechnet und mußte jetzt die wohl unerwartete Wirkung seines *Moniteur*-Artikels abschwächen, denn er wollte unter allen Umständen einen kriegerischen Konflikt zwischen Preußen und der Eidgenossenschaft verhindern. In seinem Schreiben an den preußischen König vom 23. Dezember 1856 sucht Napoleon Preußen vor übereilten Schritten zu warnen und empfiehlt ihm nun seinerseits mit dem Hinweis auf die möglicherweise ausbrechenden revolutionären Störungen in Europa, die Streitsache vor die Mächte der Londoner Konferenz von 1852 zu tragen<sup>41</sup>.

In der Schweiz hatte sich jedoch eine Wendung angebahnt. Durch den scharfen Artikel im «*Moniteur*» waren jene Kreise aufgerüttelt worden, die bisher im Vertrauen auf die Hilfe des französischen Kaisers die feste Haltung des Bundesrates gegenüber Preußen begrüßt hatten. An die Möglichkeit, daß Napoleon die Schweiz im Stich lassen könnte, hatten sie kaum gedacht. Plötzlich erschien ihnen das Land isoliert, und selbst der besonnene Jonas Furrer bezeichnete die Lage als furchtbar ernst<sup>42</sup>. Der Bundesrat nahm die erste Gelegenheit wahr, seine bisherige, zum Äußersten entschlossene Haltung etwas zu lockern. Ein gemeinsamer Schritt der in Bern akkreditierten fremden Gesandten gab die Möglichkeit dazu, doch eine Vermittlung kam nicht zustande, weil die Vertreter Österreichs und Rußlands von ihren Regierungen Weisung erhalten hatten, sich nicht an einer gemeinsamen Friedensaktion zu beteiligen<sup>43</sup>. Auch in Berlin ließ die Spannung etwas nach: Neben Frankreich versuchte nun auch Österreich, den preu-

---

<sup>40</sup> Vgl. bei E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 45, Anmerkung 11, den Brief von Bismarck an Manteuffel vom 22. 12. 1856.

<sup>41</sup> ZSG VIII, S. 505.

<sup>42</sup> A. ISLER, a. a. O., S. 150ff.

<sup>43</sup> Moustier an Walewski, 26. 12. 1856.

Bischen König zu beruhigen<sup>44</sup>. Manteuffel, der ebenfalls vor einem kostspieligen und unnützen Krieg zurückschreckte<sup>45</sup>, erwirkte den Aufschub der angeordneten Mobilmachung vom 15. Dezember auf den 2. Januar; er erhoffte eine weitere Verzögerung, konnte aber den unberechenbaren Hof nicht entscheidend beeinflussen. Dem französischen Beobachter in Berlin, Moustier, fiel auch die veränderte Haltung der englischen Diplomatie auf, seitdem die Schweiz ernstlich bedroht schien. Im Berliner diplomatischen Korps sei jedoch die zweideutige Stellung Englands in diesem Konflikt hinlänglich bekannt, schreibt er<sup>46</sup>.

Trotzdem sich überall Widerstände gegen eine militärische Aktion Preußens bildeten, beurteilte die schweizerische Regierung die Situation immer noch als gefährlich. Kurz vor Weihnachten 1856 kam in den Kreisen der Parlamentarier und bei einzelnen Mitgliedern des Bundesrates die berechtigte Auffassung auf, die Neuenburger Frage dürfe nicht zur Existenzfrage für den jungen Bundesstaat gemacht werden. Eine friedliche Verständigung müsse unter allen Umständen angebahnt werden<sup>47</sup>. Zwar flammte der Widerstandswille in der Bevölkerung eindrucksvoll auf, eine ernste, kampfbereite und begeisterte Stimmung verbreitete sich, das Volk schloß sich zusammen. Zum Teil recht scharfe Presseangriffe auf den Kaiser der Franzosen, dem Undankbarkeit gegenüber seinem Asylland vorgeworfen wurde, blieben auch am Hof Napoleons nicht ohne Wirkung<sup>48</sup>. Doch die gemäßigten Politiker waren zum Nach-

<sup>44</sup> «M. de Balan m'a répété que le cabinet de Vienne avait une attitude singulière; qu'après avoir presque poussé le Roi à la guerre, il semblait aujourd'hui vouloir le retenir et presque lui lier les mains, que le comte de Buol avait agi sous mains auprès des Etats secondaires pour créer des difficultés au passage des troupes prussiennes...» Moustier an Walewski, 26. 12. 1856.

<sup>45</sup> «Le Ministre m'a fait entendre fort clairement que, quant à lui, il désirait trop que l'affaire Suisse s'arrangeât à l'amiable...». Moustier an Walewski, 26. 12. 1856.

<sup>46</sup> Moustier an Walewski, 26. 12. 1856: «Car quoi qu'il fasse, il aura de la peine à effacer l'impression produite par l'amertume de son langage...»

<sup>47</sup> Vgl. ERNST GAGLIARDI: *Alfred Escher*. Frauenfeld 1919, S. 306. K. MEYER, a. a. O., S. 147. A. ISLER, a. a. O., S. 151.

<sup>48</sup> Bericht Cowleys an Clarendon vom 26. 12. 1856, erw. bei E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 43.

geben bereit, weil sich «diese Angelegenheit auf dem Verhandlungswege beilegen lasse» und man daher nichts unversucht lassen dürfe, um dem Vaterland den Krieg zu ersparen<sup>49</sup>. Als am 27. Dezember die Bundesversammlung zu einer außerordentlichen Session zusammentrat, war die innenpolitische Lage in der Schweiz ungefähr folgende: Im Volk, vor allem in der Westschweiz, war eine teils überbordende, teils zurückhaltendere Begeisterung zum Widerstand gegen die preußischen Zumutungen, bei der stark überwiegender Mehrheit der in Bern versammelten Parlamentarier dagegen eine Bereitschaft zur friedlichen Verständigung festzustellen. Sie hatte ihre Wurzel nicht in einer Interessenpolitik der «kapitalistisch-industriellen Ostschweiz»<sup>50</sup>, sondern in einer überlegenen Beurteilung der diplomatischen Situation und im Erkennen der auffallenden Diskrepanz zwischen Ursache und Auswirkung, zwischen dem unbesonnenen Staatsstreich der neuenburgischen Royalisten und der Gefahr eines europäischen Krieges. Man war in Bern zu einem ehrenvollen Ausgleich bereit, weil ein Krieg mit Preußen das Werk der Liberalen von 1848 in Frage gestellt hätte. Man blieb fest überzeugt, daß die Zeit für die Schweiz arbeite und daß die definitive Eingliederung Neuenburgs in den schweizerischen Staatsverband nach dem Tod des krankhaft erregten preußischen Monarchen mit friedlichen Mitteln möglich war. Der Bundesrat schien geteilter Meinung gewesen zu sein. Eine Minderheit mit dem Bundespräsidenten Stämpfli wollte die feste Haltung fortsetzen in der Überzeugung, Preußen lasse es doch nicht zum Krieg kommen<sup>51</sup>, während die von Furrer und Fornerod angeführte Mehrheit eine Lösung suchte, die dem Willen der Bundesversammlung gerecht wurde, ohne die bisherige bundesrätliche Politik der Verzögerung und gesteigerten Machtentfaltung zu desavouieren. Diese Lösung diplomatisch anzubahnen, wurde einem der gewandtesten und fähigsten Politiker jener Zeit übertragen; Ständerat Dr. Kern.

---

<sup>49</sup> RUDOLF DREYER: *August von Gonzenbach 1808—1887*. Diss. Bern 1941, S. 122.

<sup>50</sup> Wie K. MEYER schreibt, a. a. O., S. 178.

<sup>51</sup> Vgl. dazu aber die Notiz von Joh. Jak. Stehlin, Basel: «... niemand lieber als Stämpfli und Furrer wünschen, daß es ohne Waffenentscheid ablaufen möchte...»; erwähnt bei K. MEYER, a. a. O., S. 147, Anm. 10.



## II. Kern als Unterhändler in Paris

Wer die Haltung Dr. Kerns in den Unterhandlungen mit Napoleon III. beurteilen will, muß die politische Situation in Frankreich zur Zeit des Neuenburger Handels in Rechnung ziehen. Die Verfassung von 1852 gab dem Kaiser der Franzosen ausgedehnte Rechte, er vereinigte die ganze politische Macht in seiner Person. Die Minister waren ihm persönlich verantwortlich, er nahm ihre Berichte und Empfehlungen entgegen, behielt jedoch das letzte Wort sich selber vor. Im Second Empire übernahm der Kaiser auch in der Außenpolitik in autoritärer Weise die Führung, er ist für die diplomatischen Schritte seines Landes, für die Entscheide Frankreichs in allen zwischenstaatlichen Fragen persönlich zu behaften<sup>52</sup>. Die französische Außenpolitik des Zweiten Kaiserreichs kann nicht von der wenig profilierten Persönlichkeit des Monarchen abgetrennt werden. War Napoleon III. im mündlichen Verkehr von außerordentlicher Zuvorkommenheit, so mangelte seiner autokratischen Führung in der Außenpolitik die Kontinuität. Die persönlichen Eingriffe des Kaisers — etwa seine Interviews oder seine Briefe im «Moniteur» — entsprangen sehr oft weniger der politischen Notwendigkeit als einer momentanen Eingebung oder Laune, so daß es angesichts dieser Unberechenbarkeit des Monarchen für den jeweiligen Außenminister keineswegs leicht war, immer und überall die diplomatische Form zu wahren.

Es ist anzunehmen, daß diese Eigenart und die Unzulänglichkeit der französischen Außenpolitik nach dem Krimkrieg den Schweizer Politikern in Bern bekannt waren. In der Umgebung des Bundesrates und in der Presse wurde offen darüber gesprochen. Kern hatte zudem die Verhältnisse in Paris aus eigener Anschauung kennen gelernt, als er im Mai 1856 dort weilte, um als schweizerischer Schulratspräsident Dozenten für das Eidgenössische Polytechnikum in Zürich zu gewinnen und gleichzeitig die Frage einer Verschmelzung der ostschweizerischen Eisenbahngesellschaften mit der Réunion financière des Hauses Rothschild zu prüfen<sup>53</sup>. Die Pracht,

<sup>52</sup> Vgl. PIERRE RENOUVIN: *Histoire extérieure du Second Empire*. Paris o. J.

<sup>53</sup> WILHELM OECHSLI: *Geschichte der Gründung des eidgenössischen Polytechnikums*. Zürich 1905, S. 267. ERNST GAGLIARDI: *Alfred Escher*. Zürich 1919, S. 292f.

mit dem sich der auf dem Höhepunkt seiner äußeren Macht stehende Kaiser umgab, erschwerte allerdings eine unvoreingenommene Haltung außerordentlich: Kern war aber nicht der einzige Politiker, der von dem äußern Glanz, dem Charme und dem ehrlichen Willen des Kaisers überrascht und beeindruckt war. Auch Bismarck urteilte in diesen Jahren ähnlich über Napoleon III. wie er.

Wer auf den Gedanken kam, Dr. Kern mit den Verhandlungen in Paris zu betrauen, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Exponent der besonders in der Ost-, Nordost- und Zentralschweiz weit verbreiteten Neigung zum Kompromiß<sup>54</sup> war Nationalratspräsident Alfred Escher von Zürich, ein Politiker von staatsmännischem Format, der sehr wohl die Sorge um das Land über seine privaten Interessen zu stellen wußte<sup>55</sup>. Dr. Kern war eng mit ihm

---

<sup>54</sup> Daß in der deutschen Schweiz die Bevölkerung den Frieden aufrecht erhalten wollte, beweisen viele Zeugnisse aus den letzten Tagen des Jahres 1856, darunter auch die Briefe von Nationalrat Dr. Frey in Gontenschwil an seinen Freund Bundesrat Fornerod (Bundes-Archiv, Bern. Akten Fornerod). Einige Stellen daraus:

30. 12. 1856: «Der Bundesrat müßte die jetzt günstig dargebotene Vermittlung Frankreichs und Englands oder auch Frankreichs allein — je nach Umständen — annehmen, ansonst er sich einer furchtbaren Verantwortlichkeit aussetzte...»

1. 1. 1857: «Möge es Dir gelingen, die drohende Kriegsgefahr zu beschwören und unserem Volke den Frieden zu erhalten, den es im Interesse seiner Industrie, seines Handels und seines geistigen Emporblühens so dringend bedarf! — Dies wünscht die Landbevölkerung, welche ruhig und keineswegs polternd ist, am heutigen Tag durch die ganze Schweiz!...»

5. 1. 1857: «Gestern fand die Versammlung der landwirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Aargau statt. Nachdem die Budgetgegenstände erledigt waren, kam auch die Neuenburger Angelegenheit zur Sprache. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, der Bundesrat möge das Resultat der Verhandlungen, die jetzt in Paris stattfinden, der Bundesversammlung mitteilen, bevor er dasselbe allfällig verwerfe... Alle Anwesenden waren dann aber auch darüber einverstanden, daß man die Gefangenen freigegeben solle, wenn der Kaiser Napoleon erkläre, er werde mit aller seiner Kraft (par tous ses efforts) dahin wirken, daß Preußen auf Neuenburg verzichte. Eine solche Erklärung Napoleons sei für die Schweiz befriedigend, auch wenn man Preußens Meinung vorläufig noch nicht kenne...»

<sup>55</sup> Die Tendenz, aus Alfred Escher einen macht- und einflußgierigen Kapitalisten zu machen, findet sich in einigen kürzlich erschienenen, teils mehr

befreundet. Der Gedanke einer persönlichen Intervention beim Kaiser scheint jedoch nicht von Alfred Escher, sondern von Kern selbst ausgegangen zu sein. Im eifrigen Bestreben, dem Vaterland überall dort zu dienen, wo ihn seine außerordentliche Begabung dazu befähigte, hatte der thurgauische Ständerat schon vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung am 27. Dezember 1856 seine Fühler ausgestreckt und bei General Dufour einen gemeinsamen Brief an Kaiser Napoleon III., in ihrer Eigenschaft «als alte Freunde des Kaisers»<sup>56</sup>, angeregt. Beide gehörten neben Escher, Augustin Keller, Gonzenbach, Stehlin, Pfyffer und anderen der parlamentarischen Kommission zur Vorberatung der Neuenburger Angelegenheit an, waren demnach über den Stand der Frage ausgezeichnet orientiert. Schon viereinhalb Jahre vorher, im Juli 1852, hatten Kern und Dufour zusammen den damaligen französischen Staatspräsidenten Louis Napoleon anlässlich seiner triumphalen Fahrt zur Eisenbahneinweihung in Straßburg im Auftrag des Bundesrates offiziell begrüßt. Die Redaktion des Schreibens, das einen letzten Versuch zur Rettung des Friedens darstellen sollte, übernahm General Dufour. Als der Entwurf vorlag, äußerte Kern den Gedanken, selber nach Paris zu reisen. Er hatte nach einem Gespräch mit dem schweizerischen Gesandten in Paris, Barman, den Eindruck gewonnen, daß ein ehrenvoller Friede erreicht werden könne<sup>57</sup>. Der Bundesrat ließ sich gerne von der Notwendigkeit einer solchen Spezialmission des überall angesehenen Parlamentariers überzeugen, umso mehr, als der am 30. Dezember wiederum zum Oberkommandanten der aufmarschierenden eidgenössischen Armee gewählte General Dufour, Nationalratspräsident Escher und andere einflußreiche Politiker mit Bestimmtheit dafür eintraten<sup>58</sup>. Zudem traf von dem nach Karlsruhe entsandten Bundesrat Jonas

---

literarischen Arbeiten. Sie widerspricht den Tatsachen und entspringt einem mehr parteipolitischen Denken, sowie der Unfähigkeit, eine geschichtliche Persönlichkeit aus ihrer Zeit heraus zu würdigen.

<sup>56</sup> DUFOUR, a. a. O., S. 164.

<sup>57</sup> Barman hatte Kern erzählt, wie der französische Kaiser sich nach ihm und seiner Meinung über den Konflikt mit Preußen erkundigt habe. Vgl. dazu Brief Kerns an seine Brüder vom 29. 12. 1856. TB Heft 66, S. 209.

<sup>58</sup> Vgl. EDOUARD CHAPUISAT: *General Dufour*. Zürich 1940, S. 278.

Furrer der Bericht ein, es sei der letzte Moment zum Handeln, weil nach der auf den 2. Februar angesetzten preußischen Mobilmachung die Aufrechterhaltung des Friedens kaum möglich erscheine<sup>59</sup>. So reiste Kern noch am Abend des 31. Dezember als «envoyé extraordinaire» ab, begleitet von Minister Barman und versehen mit einer von Escher und Stehlin verfaßten Instruktion, sowie einem Empfehlungsschreiben General Dufours an Napoleon III.<sup>60</sup>. Die Instruktion enthielt folgende Punkte: Der schweizerische Bevollmächtigte sollte Napoleon III. die Bereitschaft der Schweiz zur Amnestie und Freilassung der gefangenen Neuenburger Royalisten bekannt geben, sofern die nachfolgenden Bedingungen erfüllt würden:

- a) Möglichst bestimmte Zusicherungen, daß Neuenburg nach der Amnestie unabhängig werde, bestimmtere als jene in der französischen Note vom 26. November. Wenn möglich sollte schon jetzt die Zusicherung oder wenigstens die Verhandlungsbereitschaft des preußischen Königs erreicht werden, dazu das Versprechen Frankreichs, daß es alle Anstrengungen («tous les efforts») zur Erreichung dieses Zieles mache.
- b) Bis zum Abschluß des Vertrages mit Preußen hätten die freigelassenen Royalisten das Gebiet der Schweiz zu verlassen, gegebenenfalls nur das Gebiet von Neuenburg.
- c) Von Preußen und der Schweiz solle keine Vergütung der Prozeß- und Militärauslagen gefordert werden.
- d) Preußen solle die Zusicherung geben, daß jede weitere militärische Aktion unterbleibe.

Die Instruktion schrieb weiter vor, daß die Bedingungen des Bundesrates dem französischen Kaiser zuerst bekanntgegeben werden sollten, doch mußten Kern und Barman in Paris darauf hin arbeiten, daß England die gleichen Zusicherungen wie Frankreich gebe<sup>61</sup>. Daß dem schweizerischen Unterhändler neben diesen offiziellen Instruktionen noch geheime Weisungen erteilt worden sind,

<sup>59</sup> Brief Furrers an Escher, 30. 12. 1856. A. ISLER, a. a. O., S. 152.

<sup>60</sup> Die Instruktion wurde dem Bundesrat am 31. 12., mittags 13.00 Uhr vorgelegt und nach dreistündiger Beratung angenommen. Vgl. K. MEYER, a. a. O., S. 149/150, dazu G. H. DUFOUR, a. a. O., S. 164.

<sup>61</sup> Text der Instruktion im Bundesblatt der Schweiz. Eidgenossenschaft 1857 I, S. 193/194; vgl. auch VARGAS, a. a. O., S. 119.

darüber besteht kein Anhaltspunkt<sup>62</sup>, dagegen wußte Dr. Kern genau Bescheid über die innenpolitische Situation in der Schweiz und über die Notwendigkeit, den friedlichen Ausgleich diesmal unter allen Umständen herbeizuführen. Sein Verhandlungsziel mußte jedoch sein, die am 26. November erhaltenen französischen Garantien, die der Bundesrat abgelehnt hatte, zu vermehren.

Für Napoleon III. ergab sich in diesem Moment folgende Lage: Aus Berlin erhielt er die Meldung von den preußischen Kriegsvorbereitungen, doch gleichzeitig Kenntnis von erneuten englischen und österreichischen Versuchen, den Ausbruch der offenen Feindseligkeiten diplomatisch zu verhindern. Besonders die Sprache des englischen Gesandten in Berlin war überaus eindeutig und scharf<sup>63</sup>, England leistete dadurch der Sache des Friedens einen großen Dienst. Vom französischen Gesandten in Bern war der Kaiser über die veränderte Stimmung in der Bundesversammlung orientiert worden<sup>64</sup>, er hatte aus diesem Grund den schweizerischen Bundesrat durch den nach Bern gereisten Minister Barman um Vorschläge zur Lösung des ganzen Konfliktes gebeten. Auf französischen Wunsch hin vertagte Preußen zunächst die Mobilisation seiner Truppen vom 2. auf den 15. Januar 1857, unter der Bedingung, daß bis dahin alle Gefangenen freigelassen würden. Denn im Grunde genommen scheute auch der preußische König vor dem moralisch ungerechtfertigten Krieg zurück, er äußerte in diesen Tagen ebenfalls den Wunsch, der Friede möge bewahrt bleiben<sup>65</sup>. Napoleon wußte auch von dem amerikanischen Vermittlungsversuch, an dem sich England stark beteiligte<sup>66</sup>. Wollte er weiterhin mitreden, so mußte er sofort handeln. Der Beschluß des schweizerischen Bundesrates, Dr. Kern in Sondermission nach Paris zu delegieren, kam

---

<sup>62</sup> Wie K. MEYER, a. a. O. behauptet. Die Aufzeichnungen Kerns enthalten nicht den geringsten Hinweis darüber. Seine Abreise erfolgte in größter Eile, kurze Zeit nach der Bundesratssitzung vom 31. 12., an der Kern nicht teilgenommen hatte.

<sup>63</sup> Moustier an Walewski, 27. 12. 1856.

<sup>64</sup> VARGAS, a. a. O., S. 114.

<sup>65</sup> Vgl. Brief Friedr. Wilhelms IV. an Kaiser Franz Joseph v. 28. 12. 1856, ZSG X, S. 104ff. Moustier an Walewski, 1. 1. 1857.

<sup>66</sup> Vgl. darüber E. BONJOUR: *Ein amerikanischer Vermittlungsversuch im Neuenburger Konflikt*, ZSG XIX, S. 286ff.

darum den Wünschen des Kaisers außerordentlich entgegen und der eidgenössische Unterhändler konnte eines ausgezeichneten Empfangs am Hof Napoleons gewiß sein.

Die Verhandlungen mit dem Kaiser begannen am 3. Januar 1857, nachdem Kern den Vortag zu einer Antrittsvisite beim Grafen Walewski, dem Außenminister Frankreichs, benützt hatte. Es waren drei Momente, welche den Gang dieser Unterhandlungen beeinflussten. Einmal erwies sich der Dr. Kern beigegebene zweite Vertreter der Schweiz, der schweizerische Gesandte Barman, als unfähig<sup>67</sup>; sein diplomatisches und menschliches Ungenügen mußten sofort zu schweren Differenzen mit Kern führen. Ebenfalls von einiger Bedeutung war die Tendenz des Bundesrates, die Verhandlungsbasis machtpolitisch zu erweitern. Während nämlich seine Vertreter in Paris die Freilassung der Gefangenen anboten<sup>68</sup>, marschierte zuhause in einer ungeahnten Begeisterung die eidgenössische Armee auf. In einer Proklamation der Landesregierung, die einen mit ihrer Absicht zum friedlichen Ausgleich kaum in Einklang stehenden, unerwartet kriegerischen Ton anschlug, wurde dieser wehrbereiten Stimmung Rechnung getragen. Die Meldungen über Umfang und Stand der schweizerischen Mobilmachung gingen unverzüglich nach Paris<sup>69</sup>. Erst neue Truppenaufgebote, welche in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckten, die Lage habe sich weiterhin verschlechtert, wurden durch den neuen Bundespräsidenten Fornerod verzögert<sup>70</sup>. Als drittes Moment darf die große Ver-

---

<sup>67</sup> Barman suchte z. B. bald nach der Ankunft in Paris den englischen Gesandten Cowley auf und gab ihm Kenntnis von der Neigung des Bundesrates zum Nachgeben. Es darf angenommen werden, daß dieser Schritt Barmans ohne Wissen Kerns erfolgte, weil er der Instruktion ausdrücklich zuwiderlief. Vgl. E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 56.

<sup>68</sup> Allerdings nicht «sans conditions», wie Napoleon III. an Friedr. Wilh. IV. am 3. 1. 1857 zur Erreichung eines Erfolges schreibt. ZSG I, S. 28.

<sup>69</sup> Schreiben Fornerods an Barman, 2. 1. 1857. Vgl. auch den Brief Fornerods an Kern vom 5. 1. 1857: «... La proclamation: Elle vous paraîtra un peu belliquente. Mais je puis vous certifier qu'elle est plutôt au-dessous qu'au dessus du ton de l'opinion publique...».

<sup>70</sup> «La nouvelle levée de troupes. Elles ont eu lieu avant qu'on connait à Berne l'ordre de renvoyer la mobilisation des troupes prussiennes. C'est une mesure que le Général a réclamé, et qui est aussi militaire que politique.

handlungsbereitschaft des Kaisers angeführt werden, welche den schweizerischen Unterhändlern die Aufgabe erleichterte. In der ersten Unterredung mit Kern und Barman nahm Napoleon III. nur die Bedingungen des Bundesrates für eine Freilassung der Gefangenen entgegen. Dazu wußte er vom Gang der schweizerischen Mobilmachung. Am gleichen Abend erhielt er nun auch einen neuen Bericht aus Berlin über die Ungeduld der preußischen Militärs und über das Scheitern der Mission Furrers in Stuttgart und München <sup>71</sup>. Er mußte nun rasch handeln. Trotzdem er keine weiteren Zugeständnisse von Seiten des preußischen Königs in der Tasche hatte, lud er seinen alten Bekannten vom Untersee, Dr. Kern, am Sonntag Abend, den 4. Januar, allein in die Tuileries zu einer vertraulichen Besprechung ein, die von halb neun bis gegen elf Uhr dauerte. Wie gewöhnlich in solchen Zwiegesprächen war der Kaiser überaus wohlwollend, Dr. Kern gegenüber sehr freundschaftlich gestimmt; er ließ ihn nach dem im kleinen Kreis eingenommenen Abendessen die politische Situation in der Eidgenossenschaft schildern, während sie gemütlich Zigaretten rauchend im Arbeitszimmer beisammen saßen. Napoleon zeigte sich von den klar vorgetragenen juristischen Gründen, welche die Haltung des Bundesrates rechtfertigten, überzeugt. In dieser Atmosphäre des Vertrauens, die der Kaiser — die Augen halb geschlossen — mit gescheiterten und einsichtsvollen Bemerkungen unterstrich, konnte es zwischen ihm und Kern keine Mißverständnisse geben. Der schweizerische Unterhändler war auch später noch der festen Überzeugung, daß Napoleon den schweizerischen Standpunkt in der ganzen Neuenburger Frage als richtig erkannte und zu unterstützen gedachte. Der Kaiser ging sogar soweit, ihn die Briefe des preußischen Königs vom 16. September und 11. Dezember lesen zu lassen, aus denen er folgende Stellen für wesentlich hielt:

«Je ne demande donc pas, ce qui s'entend de soi-même, savoir: un traitement humain pour ces modèles de loyauté et de fidélité à leurs serments. Je Vous demande pour eux *leur délivrance* et la permission de chercher un re-

Aujourd'hui, à la réception de votre rapport, j'ai demandé au Chef d'Etat major de retarder les mouvements...» Brief Fornerods an Kern vom 5. 1. 1857.

<sup>71</sup> Moustier an Walewski, 3. 1. 1857.

fuge dans mes états allemands, — jusqu'à ce que Votre Majesté et les autres grandes Puissances signataires du dit protocole (von London 1852) aient décidé en commun avec le Prince de Neuchâtel du sort de ce respectable et bien aimé pays. . . Si au contraire les grandes Puissances veulent enfin entrer en négociations avec moi, je saurai aller dans mon amour de la paix aussi loin que l'honneur de ma dynastie, ma position dans le monde et les liens sacrés qui m'attachent à la Principauté me le permettront»<sup>72</sup>.

Und dazu aus dem zweiten Brief, den Napoleon nach dem Bericht Kerns wenigstens eine Viertelstunde suchte, um ihn dem Schweizer Unterhändler als Beweis für sein unbeschränktes persönliches Vertrauen zeigen zu können:

(Votre Majesté) «sait jusqu'à quel point je pourrais faire acte, je ne dirai pas de conciliation, mais d'abnégation, si le point indispensable de l'élargissement préalable et sans condition des prisonniers est résolu d'une manière conforme à mes droits et à ma dignité. Je pourrais alors, si les Puissances croient *devoir* me le demander dans l'intérêt de la paix générale, me décider à faire le sacrifice de la souveraineté sur le pays de Neuchâtel avec certaines réserves en partie personnelles à ma Maison, mais avant tout exigées par l'intérêt du pays»<sup>73</sup>.

Dazu gab Napoleon III. dem Vertreter des Bundesrates die bestimmteste Zusicherung, daß nach der Freilassung der Gefangenen die Schweiz auf ihn zählen könne<sup>74</sup>. Hatzfeld, der preußische Gesandte in Paris, habe ihm nochmals erklärt, wenn Frankreich die Freilassung der königstreuen Neuenburger erwirken könne, so werde sein König auf die Souveränitätsrechte über Neuenburg Verzicht leisten.

---

<sup>72</sup> ZSG I, S. 24.

<sup>73</sup> ZSG I, S. 27.

<sup>74</sup> In den Aufzeichnungen Kerns heißt es, Napoleon habe ihm erklärt: «Aussitôt que vous aurez relâché les prisonniers, je serais libre de la position qui m'a été faite par les lettres du roi et alors vous m'aurez de votre côté. Nous parlerons alors sur ces questions avec la même franchise et loyauté comme à présent. Comptez sur moi». Nach Wilhelm Oechsli hat Kern später folgenden Satz beigelegt, der auch im I. Anhang der «Souvenirs politiques» als Aussage Napoleons steht: «Si contre toute attente le roi de Prusse, une fois les prisonniers libérés, ne voulait pas remplir ses engagements recommandés à la Suisse par moi, l'affaire de la Suisse deviendrait aussi l'affaire de la France».



Es ist gegenüber dem schweizerischen Unterhändler der Vorwurf erhoben worden, er sei Napoleon III. zu wenig kritisch begegnet. Dr. Kern gab sich tatsächlich mit den mündlichen Versprechungen des Kaisers zufrieden, die nach seinen Aufzeichnungen und Reden die vom Bundesrat geforderten Garantien weit übertrafen<sup>75</sup>. Er durchschaute wohl in diesem Moment die reichlich unzuverlässige französische Außenpolitik nicht ganz, fand sich sogar damit ab, daß die offiziellen Noten, welche zwischen Paris und Bern über die Verhandlungen ausgetauscht wurden, «aus diplomatischen Gründen» keine Zusicherungen enthielten, welche über die französischen Vorschläge vom 26. November wesentlich hinausgingen<sup>76</sup>. Außenminister Walewski wußte die beiden schweizerischen Vertreter zu einem mit Rücksicht auf die preußische und englische Empfindlichkeit nichtssagenden Text zu bestimmen, ein Zugeständnis, das in Bern ungern gesehen wurde<sup>77</sup>. Dem Bundesrat, vor allem aber auch dem englischen Gesandten in Paris, fiel die große Vertrauensseligkeit Kerns gegenüber dem französischen Kaiser auf<sup>78</sup>. Nun muß aber berücksichtigt werden, wieviel in diesen Tagen auf dem Spiel stand. Die Zeit drängte, eine Entscheidung mußte herbeigeführt werden. Scheiterten die Verhandlungen

---

<sup>75</sup> Notizen Kerns; dazu Brief Kerns an Alfred Escher aus Paris, vgl. S. 76. Auch J. C. KERN: *Souvenirs politiques*, S. 154ff., deutsche Ausgabe: *Politische Erinnerungen*. Frauenfeld 1887, S. 129ff.

<sup>76</sup> Vgl. dazu folgenden Brief von Walewski an Moustier vom 3. I. 1857: «... J'ai pu donné à M. Kern et à M. le Ministre de Suisse des explications qui, *sans nous engager*, au delà des démarches faites par le Ministre de Sa Majesté en Suisse, semblent devoir produire, cette fois, l'effet que nous attendions, et nous sommes, dès ce moment, autorisés à penser que nous attendrons le but que nous avons en vue...»

<sup>77</sup> Brief Fornerods an Kern vom 6. I. 1857: «Nous avons délibéré aujourd'hui en Conseil sur l'intéressant rapport que vous avez envoyé (soit M. Barman), contenant le commentaire de la note que vous avez adressé (soit M. Barman) à Walewski. Je vous ai adressé une dépêche télégraphique vous annonçant que nous approuvons ce projet. Mais que, comme le Ministre vous présentera apparemment des demandes de changements, nous désirons que vous teniez ferme à votre rédaction...» Vgl. auch VARGAS, a. a. O., S. 126.

<sup>78</sup> Vgl. VARGAS, a. a. O., S. 128. Dazu Bericht von Cowley an Clarendon vom 6. I. 1857, erwähnt bei E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 57/58.

mit Frankreich nochmals, so war der Krieg da. Ein weniger gewandter und anpassungsfähiger Politiker hätte an Stelle Dr. Kerns vielleicht schriftliche Garantien von Seite Frankreichs gefordert und nach zähen Verhandlungen wohl auch erhalten, aber möglicherweise zu spät. Denn es war eine Eigenart des Kaisers, daß er sich im Gespräch von momentanen Sympathien lenken ließ, in schriftlichen Verhandlungen jedoch eine unerwartete Zähigkeit und Vorsicht an den Tag legte<sup>79</sup>. Dr. Kern hatte keinen Grund, am kaiserlichen Wort zu zweifeln, er war von der Richtigkeit seines Weges vollkommen überzeugt.

Den schnellen und in Bern noch nicht erwarteten Erfolg der Verhandlungen mit Napoleon III. teilte Kern in mehreren Depeschen und ausführlichen Berichten dem Bundespräsidenten Fornerod mit, wobei er allerdings mit dem entscheidenden und offenbar gegen den Willen Minister Barmans abgeschickten Telegramm vom 8. Januar («Nous sommes en possession d'une note de l'Angleterre qui se joint aux efforts de la France») eine britische Note vom Vortage allzu frei auslegte<sup>80</sup>. Daß er dabei eine Irreführung der Bundesbehörden und der schweizerischen Öffentlichkeit plante, wie ihm später vorgeworfen wurde, darf kaum angenommen werden.

Denn tatsächlich schien England in diesem Moment einzulenken. Dies war aber nicht den Bemühungen Kerns und Barmans in Paris zu verdanken, sondern Preußen selber. Friedrich Wilhelm IV. hatte nämlich die Mitteilung des französischen Kaisers vom Erfolg seiner Vermittlung schon am 3. Januar, also vorzeitig, erhalten; nun fühlte er sich Napoleon gegenüber zu stark verpflichtet. In einem seiner augenblicklichen Gesinnungswechsel wandte er sich an die Königin Viktoria von England, um von ihr zu erreichen, daß sich England den französischen Bemühungen anschließe, eine Geste, die von Manteuffel, dem preußischen Ministerpräsidenten, scharf verurteilt wurde<sup>81</sup>. Dem schweizerischen Bundesrat fiel die eigentümliche Haltung der englischen Diplomatie sofort auf, die ihr Mißvergnügen über den französischen Erfolg kaum verdecken

<sup>79</sup> RENOUVIN, a. a. O., S. 2.

<sup>80</sup> Vgl. JOSEPH HYAZINTHE BARMAN: *Des négociations diplomatiques relatives à Neuchâtel*. Genève-Paris 1858, S. 40.

<sup>81</sup> E. BONJOUR: *Englands Anteil...*, S. 53/54.

konnte und die schweizerischen Unterhändler in Paris zu desavouieren suchte, andererseits die Möglichkeit mitzureden nicht verlieren wollte. Aber aus Rücksicht auf die bisherige Politik und auf die schweizerische öffentliche Meinung beharrte er darauf, daß Kern in Paris von England die gleichen Zusicherungen zu erhalten trachtete, wie sie der französische Kaiser gegeben hatte<sup>82</sup>.

Als politisches Ergebnis der ersten Mission Kern in Paris kann festgestellt werden:

1. Der französische Kaiser anerkannte die Bedingungen des schweizerischen Bundesrates für eine Freilassung der gefangenen Neuenburger. Er versprach, die eidgenössische Regierung mit allen seinen Kräften zu unterstützen. Er gab seinem alten Bekannten, dem schweizerischen Unterhändler Dr. Kern, dessen starker per-

---

<sup>82</sup> Bundespräsident Fornerod an Kern, am 5. 1. 1857: «On ne sait que penser des intentions réelles d'Albion! Lord Cowley, à ce que me dit Gordon, semble fâché de ce que la Suisse (suivant Lord Cowley) voudrait la paix à tout prix. Il importe que l'Angleterre s'associe à la démarche de la France, sinon dans toutes ses parties, au moins dans les efforts à tenter auprès de la Prusse pour l'amener à une renonciation. L'on attache un haut prix en Suisse à obtenir l'assentiment des deux pays: pour amener l'Angleterre à y consentir, il est peut-être bon qu'elle sache que notre politique n'est pas la paix quand-même et que nous sommes décidés à ne nous prêter qu'à un arrangement honorable. L'intérêt que cette puissance témoigne à la Suisse doit l'engager à rendre un pareil arrangement possible. Il paraît qu'on a fait accroire à Lord Cowley que l'intention de l'Assemblée fédérale est moins dans son arrêté que dans les opinions individuelles de quelques membres des commissions et qu'après ces membres, la Suisse s'arrangera des assurances même isolées de la France. On comprend qu'alors l'Angleterre soit peu disposée à faire la démarche qu'on attend d'elle. Si telles sont les opinions de Lord Cowley, il faut le détromper. L'attitude du peuple suisse est de plus en plus décidée. La fermeté devient une nécessité, même pour celui qui serait individuellement disposé à se contenter de ce qu'on nous offre, et il ne faut rien négliger pour gagner l'Angleterre. La France (L'Empereur) pourrait faire beaucoup en vue de ce résultat, s'il s'ouvrait un peu à l'Angleterre sur les intentions de la Prusse...».

Vgl. dazu auch das Schreiben Fornerods an Kern vom 6. 1. 1857: «...Je désire, en tous cas, M. le président, que vous ne quittiez point Paris avant d'être au clair: No. 1 sur ce que fera l'Angleterre. Il faut, coûte, que coûte qu'on obtienne d'elle l'assurance de ses efforts sur la Prusse, soit de son appui dans les conférences...».

sönlicher Einsatz im Napoleonhandel von 1838 ihn zu großer Dankbarkeit verpflichtete, sein freundschaftliches Ehrenwort und band sich damit zum mindesten moralisch.

2. Die französische Diplomatie, besonders der Außenminister Graf Walewski, lehnte eine schriftliche Fixierung der französischen Garantie auf völlige Lösung Neuenburgs aus preußischer Herrschaft ab, unterstützte jedoch die nicht ungerne gesehene Initiative des Kaisers.

3. England schloß sich zögernd und nicht ohne Vorbehalte den französischen Zusicherungen an, um einen alleinigen Erfolg Frankreichs zu verunmöglichen.

Es war Dr. Kern gelungen, Napoleon III. auf den Standpunkt der Mehrheit des Bundesrates und der parlamentarischen Kommission festzulegen; andererseits hatte er durch die entschiedene Bevorzugung der französischen Vermittlung die persönlichen Absichten des Kaisers unterstützt<sup>83</sup>. Sein Ansehen in Paris war denn auch außergewöhnlich stark, so daß es in künftigen Verhandlungen über die Ablösung Neuenburgs aus preußischer Herrschaft in die Waagschale gelegt werden konnte<sup>84</sup>. Für Dr. Kern genügten die in der französischen Note vom 5. Januar der Schweiz gegebenen Zusicherungen:

«Le Gouvernement de l'Empereur prend l'engagement de faire tous ses efforts, dès que les prisonniers neuchâtelois auront été rendus à la liberté, pour amener un arrangement qui répondrait aux vœux de la Suisse, en assurant l'indépendance entière de Neuchâtel, par la renonciation du Roi de Prusse aux droits que les traités lui attribuent sur cette Principauté»<sup>85</sup>.

<sup>83</sup> Vgl. den Brief Napoleons III. an General Dufour vom 8. 1. 1857: «... Ich war mit Herrn Kern sehr zufrieden, er hat meine Stellung zu der Frage wohl begriffen...». DUFOUR, a. a. O., S. 164.

<sup>84</sup> Salignac-Fénélon, franz. Gesandter in Bern, an Walewski am 7. 1. 1857: «On entend fréquemment les radicaux prétendre que M. Kern est un fanatique de la paix. M. Kern, sous des formes simples et presque agrestes, cache un esprit très délié».

Notizen Kerns aus einer Unterredung mit Prinz Jérôme Napoleon am 8. 1. 1857: «...L'Empereur vous estime beaucoup... L'Empereur après avoir lu cette dépêche (von Kerns Ernennung zum Sondergesandten) me disait: «C'est bon; à présent que Kern viendra, je reprends de l'espoir que l'affaire pourrait s'arranger».

<sup>85</sup> VARGAS, a. a. O., S. 126; LA BEDOLLIÈRE, a. a. O., S. 70.

Denn der schweizerische Unterhändler hatte vom Kaiser mündliche Garantien erhalten, die keinen Zweifel am friedlichen Ausgang des Konfliktes mehr offen ließen<sup>86</sup>. Komplikationen entstanden aber dadurch, daß die französische Diplomatie in ihren Verlautbarungen diese Versprechungen des Kaisers als nicht bindend betrachtete und sich auf die Vorschläge vom 26. November stützte, teils um den friedlichen Ausgang des Konfliktes nicht als Erfolg der schweizerischen Politik gelten zu lassen, teils aus Rücksicht auf Preußen und England<sup>87</sup>.

Als unmittelbare Folge der Verhandlungen Kerns mit Kaiser Napoleon III. löste sich die internationale Spannung schlagartig. Selbst der preußische König war von der Wendung im Konflikt überrascht, sein Brief an Napoleon vom 6. Januar enthielt die Zusicherung, daß Preußen nun zu Verhandlungen über die staatsrechtliche Stellung Neuenburgs bereit sei. Es hieß darin wörtlich:

«Votre Majesté voudra bien être persuadée, que j'éprouverai une satisfaction particulière à devoir ce résultat à l'efficacité de Ses efforts réitérés. La procédure contre les prisonniers une fois abolie, et la pleine liberté leur étant rendue avant le 15 d. m., rien n'empêchera, je pense, le commencement des négociations sur l'avenir de ma malheureuse Principauté. A ce sujet encore, Votre majesté est le dépositaire de mes pensées. Elle sait à quels sacrifices je pourrais me décider, si les Puissances croyaient devoir me les demander»<sup>88</sup>.

Der schweizerische Bundesrat beantragte nach der Rückkehr Dr. Kerns aus Paris den eidgenössischen Räten die Freilassung der gefangenen Neuenburger Royalisten und die Verbannung sämtlicher Angeklagten aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft, ohne

---

<sup>86</sup> Salignac-Fénélon an Walewski, am 19. 1. 1857: «Le Président de la Confédération m'a prié ce soir de vous exprimer tous les remerciements du Gouvernement Suisse pour les assurances confidentielles que sa Majesté a donné à M. Kern et la dépêche du 5 janvier, ces déclarations ayant exercées une influence principale et décisive sur les déterminations qu'ont prises les chambres fédérales.»

<sup>87</sup> Walewski an Salignac-Fénélon, ohne Datum: «Le Conseil fédéral ne doit pas par amour-propre faire croire comme s'il avait imposé des conditions à la Prusse. Les bases de l'entente sont dans la note du 26 novembre aujourd'hui comme alors».

<sup>88</sup> ZSG I, S. 29/30.

das gerichtliche Verfahren, das Preußens Anteil am Royalisten-  
aufstand aufgedeckt hätte. Für den Moment war die Kriegsgefahr  
beseitigt, die Neuenburgerfrage blieb jedoch noch ungelöst. Man  
müßte die Politik der Landesregierung in der ersten Phase der  
Auseinandersetzung mit Preußen als ein Abweichen vom ursprüng-  
lich eingenommenen Rechtsstandpunkt verurteilen, hätte der Preis  
für diese offensichtliche Rechtsbiegung, nämlich die völlige Unab-  
hängigkeit Neuenburgs, in der Folge nicht erreicht werden können.  
Es war aber Dr. Kern, der in den langwierigen und mühsamen  
Verhandlungen der Pariser Konferenz im März und April 1857 die  
Lösung Neuenburgs aus preußischer Herrschaft herbeiführen konnte,  
noch vergönnt, die von ihm und seinen Freunden verfochtene  
Kompromißpolitik des Bundesrates und damit auch seine Haltung  
in der ersten Pariser Mission zu rechtfertigen.

### *III. Die Verteidigung der Friedenspolitik*

Inzwischen gingen in Preußen, entgegen den französischen  
Zusicherungen an die Schweiz und trotz energischer Einsprache  
von Seiten Englands, die militärischen Vorkehrungen weiter<sup>89</sup>; die  
Mobilmachung der beiden gegen die Eidgenossen aufzubietenden  
Armeekorps wurde schließlich auf den 15. Januar abends angesetzt.  
Demzufolge mußten auch der ausgezeichnet informierte Bundesrat  
und General Dufour die schweizerische Wehrbereitschaft in einem  
Maße fördern, das mit der bereits eingeleiteten Friedenspolitik in  
krassem Widerspruch stand. Die patriotische Stimmung, die sich  
in der schweizerischen Öffentlichkeit verbreitete, war überaus stark,  
man erwartete eine energische Haltung den preußischen Forderun-  
gen gegenüber. So stimmte die anfangs 1857 von der Landes-  
regierung in die Wege geleitete Ausgleichspolitik mit den Erwar-  
tungen der öffentlichen Meinung nicht mehr überein, was ernstliche  
Schwierigkeiten befürchten ließ für den Fall, daß die von Frank-  
reich erhaltenen Garantien als ungenügend empfunden würden.

Die vermutlich von Alfred Escher und Dubs ins Bild gesetzte  
Neue Zürcher Zeitung brachte am 9. Januar andeutungsweise eine

---

<sup>89</sup> Moustier an Walewski am 8. 1., 10. 1., 12. 1. 1857.

erste Meldung über den in Paris vereinbarten friedlichen Ausgleich<sup>90</sup>, tags darauf berichteten «Der Bund» und die «Berner Zeitung» darüber<sup>91</sup>. Den verantwortlichen Politikern war die Kluft zwischen dem, was in Paris von Kern und Napoleon mündlich vereinbart worden war, und dem, was die schweizerische öffentliche Meinung an festen schriftlichen Zusicherungen erwartete, sicher bewußt. Ihre Anstrengungen mußten nun dahin gehen, diese auffallende Diskrepanz zwischen außenpolitischer Notwendigkeit und innenpolitischer Erwartung zu beseitigen. Für Alfred Escher, Jonas Furrer, Fornerod, Kern und die übrigen Verfechter der Ausgleichspolitik stellte sich daher die Aufgabe, einerseits die Bundesversammlung zur Annahme der Pariser Vereinbarungen zu bewegen und andererseits die dem Franzosenkaiser zugesicherte Freilassung der gefangenen Neuenburger vor der schweizerischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Sie sahen sich darin durch die französische Diplomatie unterstützt, welche über die feste Entschlossenheit Preußens im Falle, daß die Bundesversammlung die Freilassung ablehnen würde, gut orientiert war<sup>92</sup>. Aber auch jetzt erschien die fran-

---

<sup>90</sup> Text erwähnt bei K. MEYER, a. a. O., S. 254.

<sup>91</sup> Der Artikel im «Bund» unter dem Titel «Ein ehrenvoller Friede gesichert» ist nach einer gütigen Mitteilung von Dr. Max Grütter in Bern vom damaligen Chefredaétor Dr. Abraham Roth geschrieben worden, vermutlich nach Informationen des Bundespräsidenten Fornerod.

Daß der Bundesrat, in dem seit Neujahr statt des kämpferischen Stämpfli der junge, gewandte Fornerod den Vorsitz und zugleich das Politische Departement führte, die schweizerische Öffentlichkeit habe täuschen wollen, besteht kein Anlaß zu behaupten. MEYER, a. a. O., S. 240, schreibt von «bedenklichen Machenschaften», von einer «bewußten Irreführung». Davon ist keine Rede. Der Artikel im «Bund» vom 10. 1. 1857 ist ungenau: der Kaiser übernahm die «förmliche Verpflichtung», daß nach erfolgter Freilassung der Gefangenen die völlige Unabhängigkeit anerkannt werde, nicht offiziell, und England schloß sich ebenfalls nicht mit einer offiziellen Garantie an. Das von K. MEYER, a. a. O., S. 236 verwendete Wort «Garantie» kommt übrigens im erwähnten Artikel nicht vor.

<sup>92</sup> Telegramm von Moustier an Walewski vom 12. 1. 1857:

«Lord Bloomfield a fait hier une communication très irritante dans le but de retarder et même d'arrêter les préparatifs de la Prusse. On vient d'y répondre sur le même ton, et l'effet a été contraire au but. Toutefois le décret de mobilisation est ajourné au 15 au soir. Je vais faire des efforts pour ob-

zösische Politik doppelzünftig: Einerseits drängte sie den Bundesrat dazu, die Bedingungen, die zwischen Napoleon und Kern vereinbart worden waren, zu halten<sup>93</sup>, anderseits sollten die schweizerischen Politiker sie verschweigen<sup>94</sup>.

---

tenir un nouveau délai s'il est nécessaire. Il est fort important que le 15 au matin, je sois informé de l'état des choses tel qu'il soit».

Im Bericht vom 10. 1. aus Berlin heißt es: «Le Ministre britannique a fait ce matin au Président du Conseil, des communications destinées à tâcher de calmer l'ardeur guerrière de la Prusse. M. de Manteuffel les a écoutées silencieusement. Il s'est récrié seulement sur les mots: «la Prusse va déclarer la guerre à la Suisse». «Nous ne déclarerons pas la guerre à la Suisse, nous nous bornerons à y entrer et à occuper de certaines positions». Lord Bloomfield avait l'air de nouveau aigre et mécontent en parlant de l'affaire de Neuchâtel. Quand on va au fond de ce mécontentement, on trouve toujours le dépit de ce que, grâce à notre appui, le Roi de Prusse pourra sortir avec honneur de son démolé avec la Suisse... Il (Manteuffel) m'a dit que les préparatifs de guerre continuaient toujours, bien que les nouvelles de Suisse fussent meilleures. Cependant il semblait craindre encore qu'au dernier moment l'Assemblée fédérale n'écoutât quelque mauvaise inspiration et ne repoussât la mise en liberté ou moins ne glissât dans les considérans (?) quelque mots qui pussent blessés le Roi. J'ai essayé de le rassurer sur ce dernier point, en lui disant que notre attention était éveillée sur les dangers qu'il me signalait, et que sans aucun doute notre Ministre à Berne veillerait à ce que la mesure que nous conseillons à la Suisse conservât le caractère qu'elle devait avoir.»

<sup>93</sup> Schreiben von Fénélon an Kern vom 12. 1. 1857: «Je me félicite beaucoup de l'entretien que nous avons eu hier soir. Quelques heures après, j'ai reçu du Comte Walewski une nouvelle dépêche. Elle insiste fortement sur la convenance qu'il y aurait à ce que le Parlement votât, dès le 14 janvier, sur les propositions du Comité. Vous savez que, si ce vote n'a pas lieu le 14, la Prusse mobilisera le 15. Or, ne vaut-il pas beaucoup mieux pour la dignité de la Suisse qu'elle vote la mise en liberté avant que cette mobilisation soit prononcée?»

<sup>94</sup> Fénélon an Kern: «D'un autre côté, il importe beaucoup que l'on évite de prononcer le mot de *condition*, en parlant de l'éloignement de la Suisse des prisonniers de Neuchâtel. Il serait bon de présenter cet éloignement temporaire comme une mesure de sûreté prise en leur faveur comme dans celle du Pays. Surtout, il ne faut prononcer le mot d'*exil*, comme l'a fait le «Bund». Cela gênerait tous nos efforts. En général, Monsieur le Président, vous trouverez, j'en suis sûr, qu'il faut éviter, soit dans les rapports du Conseil fédéral, soit dans celui des Comités, soit enfin dans le décret fédéral, l'emploi de ce mot dur et choquant de «*condition*».



Als der Bundesrat in seiner Botschaft an die auf den 14. Januar zur außerordentlichen Session zusammengerufenen Räte die vage gehaltenen Noten der französischen und englischen Regierung bekanntgab, drohte vor allem in der Westschweiz der Unwille über das in Paris erzielte Resultat stärkere Formen anzunehmen. Statt feste Garantien auf eine baldige Unabhängigkeit Neuenburgs hatte man wertlose Versprechungen erhalten. Die Entrüstung über dieses magere Ergebnis der ersten Mission Kerns nach Paris verbreitete sich. Schon in der ersten Sitzung des Nationalrates stellte ein Genfer Radikaler und Gegner der Friedenspolitik, Camperio, den Antrag, es sei die Abstimmung über die Freilassung der Gefangenen auf den 15. Januar zu verschieben<sup>95</sup>. Eine Niederlage des Bundesrates in diesem Moment hätte aber das Verständigungswerk vernichtet und den Frieden ernstlich gefährdet, sie mußte vermieden werden. Da Dr. Kern die vertraulichen Zusicherungen des französischen Kaisers nicht veröffentlichen konnte, griff der Präsident des Nationalrates zu einem in der damaligen parlamentarischen Tradition nicht ungewöhnlichen Mittel: Escher lud die in Bern erreichbaren Parlamentarier am 14. Januar 1857 abends zu einer privaten Orientierung über die tatsächlichen Ergebnisse der Mission Kern ein. Etwa 70 Mitglieder der Räte leisteten der Einladung ins Hotel zum Storchen Folge. Ihnen setzte nun der schweizerische Unterhändler in Paris in einer mehrstündigen, glänzenden Rede die rechtliche, politische und diplomatische Lage noch einmal auseinander. Kern erzählte von den Gesprächen mit Napoleon, berichtete über die Zusicherungen, die er erhalten hatte und beantwortete in der recht angeregten Aussprache alle Fragen, die an ihn gestellt wurden. Er stand unbestreitbar auf der Höhe seiner Aufgabe und wußte durch seine scharfe, logische Gedankenführung, durch sein nüchternes Urteil und durch seine starke Rednergabe die anwesenden Politiker von der Notwendigkeit einer zum friedlichen Ausgleich führenden Politik zu überzeugen<sup>96</sup>. Er trug einen

<sup>95</sup> VARGAS, a. a. O., S. 131.

<sup>96</sup> Vgl. den Brief von Salignac-Fénélon an Walewski vom 12. 1. 1857: «M. Kern au contraire a une influence énorme et vient immédiatement après M. Escher en matière d'importance politique».

Im Eifer seiner Rede scheint Kern in der Storchen-Versammlung die

unerwartet eindeutigen Erfolg davon: In der Abstimmung vom 15. Januar im Nationalrat stimmten 91 Mitglieder für und nur 4 gegen den Antrag des Bundesrates auf Freilassung der Gefangenen, tags darauf pflichtete ihm auch der Ständerat nach erregter Debatte mit 32 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei. In der Nacht zum 18. Januar wurden die 14 gefangenen Royalisten an die französische Grenze gestellt, und weitere 42 Angeklagte, die nach dem Septemberaufstand wieder freigelassen worden waren, erhielten die Aufforderung, das Gebiet der Eidgenossenschaft bis zur endgültigen Regelung der Neuenburgerfrage vor dem 22. Januar zu verlassen, so daß die Zahl der Verbannten samt ihren Familienangehörigen in die Hunderte ging. Sie hielten sich in der Folge hart an der neuenburgischen Grenze, in der Gegend Pontarlier-Morteau, auf und machten durch ihre Umtriebe sowohl den neuenburgischen, als auch den preußischen Behörden zu schaffen. Ihrer Ungeduld ist ebenfalls ein Einfluß auf die nur zögernd anhebenden späteren diplomatischen Verhandlungen in Paris zuzuschreiben.

In Berlin hatten sich inzwischen die Ereignisse zugespitzt. Trotz der mannigfachen Friedensbemühungen und -versicherungen wuchs die Spannung, weil die zum Krieg drängende Militärpartei mit General von Groeben an der Spitze an Einfluß gewann und die preußische Armee marschieren lassen wollte. Sie verlangte im Einvernehmen mit den Leuten von der «Kreuzzeitung» die Publikation des vorbereiteten Mobilmachungsdekretes bereits auf den 14. Januar abends<sup>97</sup>. Der König gab nach und unterzeichnete das Dekret, erteilte aber zugleich Manteuffel die Ermächtigung, mit der Gegenzeichnung zurückzuhalten. In diesem Moment griff die französische Diplomatie wirkungsvoll ein, indem Außenminister

---

Behauptung entfallen zu sein, Napoleon werde Preußen selbst den Krieg erklären, falls der König sein Versprechen nicht halte. In den Aufzeichnungen Kerns über die Unterredung vom 4. Januar steht: «Der Kaiser erzählte ferner, er habe Preußen (falls es) vor den Unterhandlungen mit der Schweiz feindselig gegen Lothringen verfahren sollte, ganz bestimmt erklärt, er, der Kaiser Napoleon würde in diesem Fall sogleich eine Armee gegen die Rheingrenze vorrücken lassen». Die Stelle in den *Souvenirs politiques* S. 157 ist ungenau.

<sup>97</sup> Moustier an Walewski, Bericht vom 16. 1. 1857.

Walewski die Meldung von der Freilassung der Gefangenen eigenmächtig einen Tag zu früh nach Berlin telegraphierte (14. Januar!). Dies gestattete dem Ministerpräsidenten Manteuffel, im letzten Augenblick am Hof Friedrich Wilhelms IV. in Charlottenburg noch einmal zu intervenieren und die befohlene Veröffentlichung des Mobilmachungsdekretes um einen Tag zu verschieben. Die Nachricht aus Bern von der Abstimmung im Nationalrat traf am Abend des 15. Januars ein und löste in der preußischen Hauptstadt größtenteils Befriedigung aus, ja die überwältigende Mehrheit im Nationalrat machte auf den in diesen dramatischen Stunden wegen Österreichs Haltung etwas verstimmt Monarchen einen überaus starken Eindruck<sup>98</sup>. Einzig die Leute von der Militärpartei und die «Kreuzzeitung» gaben ihrem Mißvergnügen an der Erhaltung des Friedens unverhohlenen Ausdruck. Im ersten Moment schienen die Aussichten auf die kommenden Verhandlungen über Neuenburg keineswegs ungünstig<sup>99</sup>, und eine Zeit lang dachte man in Berlin sogar daran, die Besprechungen mit der Schweiz direkt zu führen, ein Gedanke, der aber den Absichten des französischen Kaisers sehr zuwiderlief<sup>100</sup>.

<sup>98</sup> Moustier an Walewski am 16. 1. 1857: «... La nouvelle du vote de l'Assemblée fédérale s'est promptement répandu dans la ville, et à l'exception d'un certain nombre d'officiers, a causé dans toutes les régions et à la cour particulièrement une satisfaction nullement dissimulée. Je sais de bonne source que le Roi l'a partagé...»

Dazu Brief von Konsul Hirzel in Leipzig an Kern, vom 16. 1. 1857: «Des lettres confidentielles et ? de bonne sources que je reçois à l'instant de Berlin m'informent que l'importante majorité avec laquelle le Conseil National a décrété l'amnistie des insurgés a fait sur le Roi une très grande impression; un correspondant croit que si au moment où le Roi a reçu cette nouvelle, une députation suisse eût été près du trône, le Roi lui aurait remis librement et sans autre forme de procès l'acte d'abdication sur la principauté.»

<sup>99</sup> «Les gens raisonnables à Berlin (et Dieu merci leur nombre va en augmentant) ? d'avoir que plutôt l'arrangement définitif aura lieu, mieux la Suisse s'en trouvera, et qu'il y a de notre intérêt de profiter des bonnes dispositions actuelles du roi pour pousser l'affaire à bout...» (Hirzel an Kern.)

<sup>100</sup> Moustier an Walewski am 24. 1. 1857: «Hier quelques rumeurs étaient arrivées à nous de nature à faire croire que certaines personnes conseillaient au Roi la conclusion d'un arrangement direct avec la Suisse. Je n'ai pas pu remonter immédiatement à la source de ces bruits...».

Nach der Abstimmung vom 15. und 16. Januar in Bern erhob sich in der Westschweiz, vor allem bei den Radikalen Genfs, ein Sturm der Entrüstung. Eine heftige Polemik gegen den Bundesrat und gegen Dr. Kern begann, in die sich bald auch der schweizerische Gesandte in Paris, Barman, mißvergnügt über seine Zurücksetzung und eifersüchtig auf den Erfolg Kerns, einmischte. Dieses Kessel-treiben ging soweit, daß die vertraulichen Mitteilungen, die Dr. Kern in der Storchen-Versammlung den versammelten Parlamen-tariern gemacht hatte, ohne Bedenken bald in den Zeitungen erschienen und öffentlich diskutiert wurden. Dies brachte den schweizerischen Unterhändler, der die Entschädigung für seine erste Pariser Mission dem thurgauischen Komitee zur Unterstützung bedürftiger Wehrmannsfamilien überwiesen hatte, in nicht geringe Schwierigkeiten, denn es führte dazu, daß sich die französische Diplomatie, die sich gegenüber Preußen nicht kompromittiert sehen wollte, sofort von den Zugeständnissen des Kaisers distanzierte und jede formelle Zusicherung an die Schweiz ablehnte. Sie schlug als Ort für die Diplomatenkonferenz zur Lösung der Neuenburger-frage statt wie vorgesehen Paris die englische Hauptstadt vor<sup>101</sup> und bezichtigte Dr. Kern der Indiskretion. So verschlechterte sich die außenpolitische Stellung der Schweiz gegenüber Frankreich plötzlich derart, daß die nach dem 15. Januar 1857 im Inland stark umstrittene Friedenspolitik von Bundesrat und Parlament nun auch von außen her gefährdet schien. Die schweizerischen Zeitun-gen spielten, abgesehen von Ereiferungen zwischen deutsch und welsch, Dr. Kern und General Dufour gegeneinander aus, indem sie sich mit dem Hinweis auf französische Pressestimmen ernstlich fragten, was denn Kern Neues aus Paris gebracht und warum der Bundesrat die von Dufour übermittelten französischen Bedingungen vom 26. November nicht angenommen habe. Weite Kreise des Volkes standen dem «Diplomatengeschenk» mißtrauisch und ableh-nend gegenüber<sup>102</sup>, besonders jene natürlich, die nach den Worten Gottfried Kellers in diesem «schönen und feierlichen Kriegsspek-

---

<sup>101</sup> VARGAS, a. a. O., S. 138.

<sup>102</sup> St. Galler Zeitung vom 15. I. 1857, erwähnt bei K. MEYER, a. a. O., S. 248.

takel» fest entschlossen waren, «die Preußen mit Mann und Maus aufzufressen»<sup>103</sup>.

Eine kurze Beurteilung der schweizerischen Außenpolitik in dieser ersten Phase der Auseinandersetzung um Neuenburg muß uns zurückführen auf die eingangs erwähnten Nahziele, nämlich die Durchsetzung des schweizerischen Rechtsstandpunktes und die Zulassung zu den späteren diplomatischen Verhandlungen. Der Bundesrat hatte mit seiner von Ende 1856 an konsequent eingehaltenen Friedenspolitik, deren Exponent Dr. Kern war, das Eingeständnis gemacht, daß er das erste Ziel nicht erreichen konnte. Die sture Behauptung des Rechtsstandpunktes hätte mit größter Wahrscheinlichkeit zum Krieg geführt. Mit der den eidgenössischen Räten vorgeschlagenen Freilassung der gefangenen Royalisten stimmte er formell einer Rechtsbiegung zu, die allerdings von den zeitgenössischen Juristen noch nicht als Verletzung der bundesstaatlichen Rechtsordnung angesehen wurde<sup>104</sup>. Dieses Abweichen vom ursprünglichen Weg erfolgte in der berechtigten Annahme, es könne damit dem Lande der Friede erhalten werden. So war die Schweiz in dieser Teilfrage zu einem Kompromiß bereit, weil ihren führenden Politikern schließlich das Hauptziel, die Lösung Neuenburgs aus dem preußischen Staatsverband durch diplomatische Verhandlungen zu erreichen, vor Augen stand. Die Bundesversammlung behielt ja einen wichtigen Trumpf in der Hand, indem sie die angeklagten Aufständischen verbannte: Statt durch die ordentlichen Gerichte verurteilt zu werden, erhielten sie durch die Bundesversammlung die Landesverweisung ausgesprochen bis zu dem Moment, da Preußen einlenkte.

Die Lösung Neuenburgs aus der Oberherrschaft Preußens war aber bei der damaligen politischen Situation in Europa keine rechtliche, sondern eine machtpolitische Frage. In der Machtpolitik spielt der Zeitfaktor eine maßgebende Rolle. Jene Kreise, welche die bundesrätliche Politik scharf angriffen und Dr. Kerns Fähigkeiten als Politiker in polemischer Weise in Zweifel zogen<sup>105</sup>, über-

---

<sup>103</sup> Gottfried Keller an Lina Duncker, anfangs Februar 1857.

<sup>104</sup> Vgl. die Rede von Dr. Kern im Ständerat am 16. 1. 1857, Text in: «Der Bund» 18. und 19. 1. 1857.

<sup>105</sup> K. MEYER, a. a. O., S. 274ff.

sahen wohl, daß sich die politische Lage der Schweiz seit dem ersten französischen Vermittlungsangebot vom 26. November grundlegend geändert hatte. Innenpolitisch war der Konflikt die Ursache einer neuen eidgenössischen Sammlung und Solidarität gewesen<sup>106</sup>, außenpolitisch aber war das Prestige der Schweiz durch die unerwartete Ablehnung der französischen Bedingungen vom 26. November, durch die Verzögerung und nicht zuletzt auch durch die Machtentfaltung stark gestiegen. Der Aufmarsch der Armee war nicht nutzlos gewesen, keine leere Demonstration. Die Mächte mußten jetzt mit dem Willen der Schweiz rechnen, ihre Sache nötigenfalls mit den Waffen zu verteidigen. Die Zulassung zu den späteren Verhandlungen über das Fürstentum Neuenburg hätte nicht besser erreicht werden können, der Kleinstaat war in der Machtpolitik der europäischen Staaten zum Faktor geworden.

Endlich gilt es noch zu untersuchen, ob Dr. Kern in Paris Zusicherungen von Seite Frankreichs erhielt, welche über jene vom 26. November hinausgingen, die folgenden Wortlaut hatten: «Si l'Assemblée fédérale ... prononce la liberté des prisonniers, l'Empereur sera prêt à faire tous les efforts pour aplanir le différend qui s'est élevé au sujet de Neuchâtel, et engager le Roi de Prusse à renoncer aux droits que les traités lui ont reconnus sur la principauté de Neuchâtel et sur le comté de Valangin». Wenn wir von den bestimmten Beistandsversprechungen absehen, die Napoleon III. dem schweizerischen Unterhändler mündlich gab, so sind die zusätzlichen, über jene vom 26. November hinausreichenden Zusicherungen tatsächlich nicht sehr groß. Sie treten in einem vertraulichen Schreiben Kerns an seinen Freund Alfred Escher am deutlichsten zutage, in dem es heißt:<sup>107</sup>

«Die Antwortnote Frankreichs gibt uns *alle wesentlichen* Punkte unserer Instruktion zu. Gegen Freilassung der Gefangenen *l'engagement formel* de la France de faire tous les efforts pour une indépendance *entière* de Neuchâtel. — Die Angeklagten (nicht bloß die Gefangenen, wie eigentlich unsere In-

---

<sup>106</sup> Vgl. den Brief Gottfried Kellers an Ludmilla Assing, Februar 1857: «Indessen hat er (der Kriegsspektakel) uns um vieles vorwärts gebracht in unsern innern Verhältnissen».

<sup>107</sup> Kern an Escher, Paris undatiert, doch mit Sicherheit am 8. 1. 1857 geschrieben. Bundes-Archiv, Bern, Nachlaß Escher.

struktion lautet, ich habe mehr verlangt) haben das Gebiet der Schweiz zu verlassen, bis der Konflikt definitiv erledigt ist. — Keinerlei neue Militärdemonstrationen Preußens *vor* dem Entscheid der Bundesversammlung. — Keinerlei feindselige Maßregeln Preußens *nach* der Amnestieerteilung. Frankreich unterstützt beförderlichst definitive Erledigung, damit die Sache nicht in die Länge gezogen wird. England wird, wie ich soeben von Lord Cowley erfuhr, les efforts de la France pour l'indépendance entière de Neuchâtel unterstützen».

Was die schweizerische Politik während des Neuenburger Handels kennzeichnet, ist das Auseinanderfallen von Außen- und Innenpolitik. Dr. Kern erscheint uns als jener Politiker, in dem sich die beiden Aspekte der Frage treffen. Er hat ihre Verbindung herzustellen unternommen, indem er versuchte, die schweizerische Außenpolitik in der ersten Pariser Mission diplomatisch zu vertreten und anderseits in Bern im Parlament zu verteidigen. Die Kriegsgefahr für den Augenblick abzuwenden gelang, aber die endgültige Lösung der Neuenburger Angelegenheit mußte auf diplomatischem Wege erst noch angestrebt werden. Es kam zur zweiten Pariser Mission Kern; am 19. Januar 1857 bestimmte der Bundesrat Dr. Kern zu seinem Delegierten an den Verhandlungen über Neuenburg, die nach langwierigem Vorgeplänkel, als man in der Schweiz schon ungeduldig zu werden drohte, am 15. März in Paris begannen und am 26. Mai 1857 mit Erfolg abgeschlossen werden konnten.